

TIBET-JOURNAL



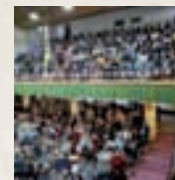
SEITE 5

50 JAHRE REPRESSION – ZEIT FÜR EINE LÖSUNG!

10. März 2009: 50 Jahre tibetischer Volksaufstand



Rückblick
2008 – Tibet
im Blickpunkt
der Weltpolitik
SEITE 2



Versammlung
Tibeter
unterstützen
Dalai Lama
SEITE 6



ICT vor Ort
Kinder-
dorfprojekt
SEITE 6

**Liebe Freundin,
lieber Freund Tibets,**

das neue Jahr beginnt, wie das alte aufgehört hatte. Nachdem die chinesische Führung im November ein von den Gesandten des Dalai Lama vorgelegtes Memorandum über Autonomie in Tibet kategorisch abgelehnt hatte, nun dies: die Behörden in Tibet wollen zum 28. März dieses Jahres einen Tag in Erinnerung an die „Einleitung demokratischer Reformen“ vor 50 Jahren feiern lassen und damit Öl ins Feuer der ohnehin äußerst angespannten Situation in Tibet gießen. Denn in diesem März gedenken Tibeterinnen und Tibeter zum 50. Mal des gewaltsam niedergeschlagenen tibetischen Volksaufstandes von 1959 und der anschließenden Flucht des Dalai Lama ins indische Exil.

Doch die Hardliner in Peking können nicht verhindern, dass immer mehr Chinesinnen und Chinesen die Politik ihrer Regierung offen hinterfragen. Dafür stehen beispielhaft die Appelle chinesischer Intellektueller, die ein Umdenken in der Tibetfrage fordern und die darüber hinaus in ganz China für mehr Demokratie und Menschenrechte eintreten. Es lohnt sich also, weiterhin mit Nachdruck für eine friedliche Lösung der Tibetfrage einzutreten und den Dalai Lama zu unterstützen. „Wann wir Autonomie in Tibet erleben werden, ist eine Frage der Zeit“, brachte es das geistige Oberhaupt der Tibeter unlängst selbst auf den Punkt. Und: ein demokratisches und an Menschenrechten ausgerichtetes China ist in aller Interesse. Die Tibetfrage wird ein Gradmesser dieser Entwicklung sein.

Die International Campaign for Tibet hat sich im vergangenen Jahr ganz in diesem Sinne beharrlich für die Rechte der Tibeter eingesetzt. Wir haben mit fundierten Informationen auf Ursachen, Verlauf und Einzelschicksale der bis dato beispiellosen Proteste in Tibet hingewiesen. Mit unserer Olympia-Kampagne ist es uns überdies gelungen, die Tibetfrage in vielfältiger Weise zentral in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken. Und dazu leisten wir mit unserem Kinderdorf-Projekt ganz konkrete Hilfe für die, die diese Unterstützung am meisten benötigen. All dies haben Sie durch Ihre Unterstützung möglich gemacht. Für Ihr Vertrauen in unsere Arbeit möchte ich mich daher sehr herzlich bedanken.



Ihr Kai Müller, Geschäftsführer

BEIJING 2008 RACE FOR TIBET



JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

ICT AKTUELL

2008 – Tibet im Blickpunkt der Weltpolitik: Sorge, Trauer und Hoffnung

JANUAR: Die „Race for Tibet“ – Olympiakampagne von ICT gewinnt an Fahrt: ICT veröffentlicht aus Anlass einer Bundestagsanhörung zu den Olympischen Spielen einen Forderungskatalog an Politik, Sportverbände und Medien.

FEBRUAR: ICT veröffentlicht mit „Tracking the Steel Dragon“ einen umfassenden Bericht über die negativen Folgen der chinesischen Wirtschaftspolitik in Tibet.

MÄRZ: ICT gedenkt des tibetischen Volksaufstandes von 1959 mit der Installation „Empty Robes“ vor der chinesischen Botschaft in Berlin. / Am selben Tag beginnt in Lhasa der Protest tibetischer Mönche, der sich in den kommenden Tagen dramatisch zuspitzt. In ganz Tibet kommt es in der Folge eruptionsartig zu Protesten, die die chinesischen Behörden mit brutaler Gewalt beantworten. China erntet massive Kritik und weltweit solidarisieren sich Menschen mit den Tibetern. Die Führung in Peking schottet das Land systematisch ab und verschärft die Repressionen in Tibet nochmals. ICT geht davon aus, dass sich derzeit noch mehr als 900 Tibeter

in Haft befinden und mehr als 100 Menschen, darunter viele Tibeter und auch Chinesen, getötet worden sind. / ICT weist als erste deutsche Menschenrechtsorganisation öffentlich auf die problematische Rolle der deutschen Sponsoren bei den Olympischen Spielen, Volkswagen und Adidas, hin. Ein Schreiben an VW-Chef Martin Winterkorn mit der Forderung an VW, den umstrittenen Fackellauf durch Tibet nicht zu unterstützen, erntet großes Medienecho. / ICT veröffentlicht in der Süddeutschen Zeitung einen Aufruf an Bundeskanzlerin Merkel, wegen der Tibetkrise nicht an der Eröffnungszeremonie der Olympischen Spiele in Peking teilzunehmen. Ende März gibt die Bundeskanzlerin bekannt, „wie geplant“ nicht an den Eröffnungsfeierlichkeiten der Olympischen Spiele teilzunehmen. Fehlen wird ebenfalls Außenminister Steinmeier.

APRIL: Der scharf kritisierte olympische Fackellauf wird nach massiven Protesten auf seiner Station in Paris abgebrochen. ICT organisiert friedliche Proteste in London, Paris und San Francisco. / ICT hat bis Ende April



6.140 Sponsoren gefunden!

JUNI JULI AUGUST SEPTEMBER OKTOBER NOVEMBER DEZEMBER

mehr als 10 Mahnwachen und Demonstrationen organisiert, darunter einen „Friedensmarsch für Tibet“, an dem rund 1.000 Menschen teilnahmen. / Zusammen mit Human Rights Watch, den „Kritischen Aktionären“ und Reporter ohne Grenzen veröffentlicht ICT einen gemeinsamen Appell an Adidas und Volkswagen und fordert unternehmerische Verantwortung der beiden Traditionsunternehmen ein. / Die Stiftung RTL gibt bekannt, dass sie ICT mit rund 920.000 Euro bei ihrem Flüchtlingsprojekt in Indien unterstützen wird.

MAI: ICT übergibt Adidas-Chef Herbert Hainer eine Appellpostkarte der Aktion „Sponsor gesucht!“, an der sich mehr als 6.000 ICT-Unterstützer beteiligt hatten. ICT-Geschäftsführer Kai Müller fordert auf der Adidas-Aktionärsversammlung klare Worte über den Tibetkonflikt und Unterstützung für die Dialogbemühungen des Dalai Lama. / Als Gast von ICT in Deutschland: die „Verbotene Mannschaft“, die tibetische Fußballauswahl. / Der Dalai Lama bedankt sich persönlich bei ICT und RTL für ihre Unterstützung und spricht auf einer Kundgebung in Berlin vor mehr als zehntausend Menschen.

JUNI: ICT stellt auf dem Berliner Stadion-sportfest „ISTAF“ zusammen mit amnesty international die Initiative „Sports for Peace“ vor. / Auf massiven Druck der internationalen Weltöffentlichkeit hin zeigt sich die chinesische Staatsführung zu informellen Gesprächen mit den Gesandten des Dalai Lama bereit. / Der olympische Fackellauf macht Station in Lhasa. Pekings Hardliner nutzen seine Bühne für die Ankündigung, die „Pläne der Dalai-Clique zu zerschlagen“.

JULI: ICT fordert Staats- und Regierungschefs aus Anlass des G8-Gipfels in Toyako, Japan, auf, auf Chinas Staatspräsident Hu

Jintao in der Tibetfrage einzuwirken. / Der Sondergesandte des Dalai Lama bezeichnet erneut stattgefundenen Gespräche mit der chinesischen Seite als „schwierig“ und „enttäuschend“. / ICT unterstützt „Songs for Tibet“, mit dem Sting, Alanis Morissette, Jackson Browne, Suzanne Vega, Moby und viele andere Künstler ihre Unterstützung für den Dalai Lama ausdrücken. China blockiert



ICT-Fackellaufproteste:
Richard Gere und
ICT-Mitglied Desmond Tutu
in San Francisco

Foto: ICT

daraufhin das Musikportal „iTunes“, über das „Songs for Tibet“ heruntergeladen werden kann. Das Album erreicht in der Folge die Spitzen internationaler Charts. / ICT übergibt in Berlin und Washington mehr als 15.000 Unterschriften an 60 Botschaften, mit der Bitte, eine Teilnahme an den Eröffnungsfeierlichkeiten der Olympischen Spiele von Verbesserungen der Lage in Tibet abhängig zu machen.

AUGUST: „Tibet at a Turning Point“ – ICT veröffentlicht den bis heute einzigen umfassenden Bericht über die Proteste in Tibet. / „Sports for Peace“: ICT, amnesty international und die Initiative „Sports for Peace“ veröffentlichen in der „International Herald Tribune“ drei Tage vor Eröffnung der Olympischen Spiele einen Appell an Präsident Hu Jintao, der von mehr als 100 internationalen Sportlern, darunter viele aktuelle und ehemalige Olympiasieger, unterzeichnet worden war. / Die Olympischen Spiele beginnen als perfekt inszeniertes Spektakel – doch immer wieder stattfindende Proteste von Tibetaktivisten machen auf die prekäre Lage in Tibet aufmerksam. / ICT zeigt in Berlin die aus Tibet geschmuggelte Dokumentation „Leaving Fear Behind“. / Die Olympischen Spiele in Peking enden.

SEPTEMBER: ICT setzt sich für die Macher des Films „Leaving Fear Behind“, die inzwischen inhaftierten Tibeter Dhondup Wangchen und Jigme Golok, ein.

OKTOBER: ICT appelliert aus Anlass des ASEM-Gipfels in Peking an die internationale Staatengemeinschaft, Chinas Staatspräsident Hu Jintao zu konkreten Gesprächen mit den Vertretern des Dalai Lama zu drängen. / Jigme Golok kommt aus der Haft frei und berichtet von Folter und Misshandlungen.

NOVEMBER: Die Gesandten des Dalai Lama treffen in Peking zu einer erneuten Gesprächsrunde mit der chinesischen Staatsführung ein und legen einen detaillierten Vorschlag für eine Lösung des Tibetkonflikts vor, der von der chinesischen Staatsführung rigoros als „verdeckte Unabhängigkeitsbestrebung“ zurückgewiesen wird. Der Dalai Lama wird in den staatlichen chinesischen Medien in der Folge Ziel massiver Schmähungen. / Eine Sonderversammlung im indischen Dharamsala, an der knapp 600 Tibeter teilnehmen, berät sieben Tage lang über die Zukunft Tibets und stützt im Ergebnis die friedliche Politik des Dalai Lama, den „Mittleren Weg“.

DEZEMBER: China sagt Anfang Dezember den EU-China-Gipfel in Lyon ab. Grund: die Europa-Reise des Dalai Lama und sein Treffen mit Frankreichs Staatspräsident Sarkozy. Die EU kritisiert die Entscheidung. ICT fordert in der Folge einen EU-Abgesandten für die Tibetfrage. / Von ICT organisiert: Gyaljong Tsetrin, Cousin des inhaftierten Dhondup Wangchen, spricht im Berliner Auswärtigen Amt mit dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung Günter Nooke über „Leaving Fear Behind“. / Zum 60. Jahrestag der Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte weist ICT auf die dramatisch schlechte Menschenrechtssituation in Tibet hin.

 Autor: Markus Feiler

Provokation: Peking führt „Tag der Befreiung der tibetischen Leibeigenschaft“ ein

Einem Bericht der staatlichen Nachrichtenagentur Xinhua vom 11.1.2009 zufolge wollen die Behörden 50 Jahre nach der Niederschlagung des tibetischen Volksaufstandes von 1959 einen „Tag der Befreiung der tibetischen Leibeigenschaft“ einführen. Damit sollen alle Chinesen, einschließlich Tibeter, an den „Meilenstein demokratischer Reformen“ erinnert werden, die „vor fünfzig Jahren eingeleitet“ worden seien, äußerte sich Pang Boyong, stellvertretender Generalsekretär des ständigen Ausschusses des tibetischen regionalen Volkskongresses gegenüber Xinhua. Menschenrechtsgruppen und Exilorganisationen der Tibeter haben den Plan scharf kritisiert, weil er in Tibet als Provokation empfunden werde und damit in keiner Weise zu einer Entspannung der Situation in Tibet beitragen könne. Im März 1959 sind infolge des Volksaufstandes mehrere zehntausend Tibeter ums Leben gekommen oder inhaftiert worden. Der Dalai Lama musste das Land verlassen und lebt seither im indischen Exil. → www.savetibet.de

Wegen Telefonat und Internetsurfen verurteilt

Die Tibeterin Walza Norzin Wangmo aus der Ortschaft Kyungchu in der Autonomen Präfektur Ngaba ist zu einer Haftstrafe von fünf Jahren verurteilt worden, weil sie per Telefon und Internet Informationen über die Situation in Tibet weitergegeben hatte. Ihr Aufenthaltsort ist im Augenblick nicht bekannt.

81-jähriger Tibeter verurteilt



Paljor Norbu
Foto: Human Rights Watch

Der 81-jährige Tibeter Paljor Norbu ist einem Bericht der Organisation Human Rights Watch zufolge im November 2008 zu einer Haftstrafe von sieben Jahren verurteilt worden, weil er „verbotenes Material“, darunter die tibetische Nationalflagge, gedruckt haben soll. Norbu war am 31. Oktober 2008 in seinem Haus in Lhasa festgenommen und anschlie-

ßend in einem Geheimverfahren der „Anstachelung zum Separatismus“ für schuldig befunden worden. Seine Familie, die seit mehreren Generationen traditionelle buddhistische Texte druckt und herstellt, war weder über Festnahme noch über die Anklage informiert und lediglich über das Urteil unterrichtet worden. Der Aufenthaltsort des 81-Jährigen ist derzeit nicht bekannt. Die Behörden haben ferner Werkstatt und Geschäft Norbus geschlossen und eine Reihe von Büchern sowie Druckmaterial konfisziert.

Hartes Urteil für Mitarbeiter von Hilfsorganisation



Der Tibeter Wangdu an seinem Info-tisch zur AIDS-Prävention in Tibets Hauptstadt Lhasa. Foto: TCHRD

Ein tibetischer Mitarbeiter einer internationalen Nichtregierungsorganisation ist wegen angeblicher Weitergabe von Informationen über die Situation in Tibet zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden, berichten die „Lhasa Evening News“ vom 8. November 2008. Demzufolge ist der 41-jährige Tibeter Wangdu vom „Mittleren Volksgericht“ in Lhasa der „Spionage“ schuldig

befunden worden, weil er ein „Nachrichten-Netzwerk im Untergrund“ errichtet haben soll. Wangdu ist Berichten zufolge am 14. März 2008 festgenommen worden und war bis dahin für das australische Burnet-Institut tätig, das mit finanzieller Förderung der australischen Regierung AIDS-Prävention in der tibetischen Hauptstadt Lhasa betreibt. Zusammen mit Wangdu sind drei weitere Tibeter auf Grundlage der Artikel 110 und 111 des chinesischen Strafgesetzbuches [„Spionage“, „Illegale Weitergabe von Informationen ans Ausland“] zu Haftstrafen von 15 und 10 Jahren verurteilt worden. Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten Informationen an die „Dalai Clique“ weitergegeben.

Wangdu hatte seit 1989 bereits acht Jahre in Haft verbüßt, unter anderem, weil er eine Petition unterzeichnet hatte, die das so genannte 17-Punkte-Abkommen zwischen Tibetern und Chinesen von 1951 als „unter Zwang“ zustande gekommen bezeichnete.

Die Höhe der Urteile ist aus Sicht von Beobachtern bisher beispiellos und scheint für einen härteren Kurs der chinesischen Behörden, auch gegenüber Nichtregierungsorganisationen zu stehen, die auf dem tibetischen Hochplateau tätig sind. Bemerkenswert ist ferner die öffentliche Berichterstattung in der „Lhasa Evening News“, in der explizit die Sichtweise der chinesischen Behörden vertreten wird, bei den Protesten in Tibet vom März 2008 habe es sich um von außen koordinierte Aktionen gehandelt. Die International Campaign for Tibet hat seit März 2008 mehr als 125 Protestvorfälle auf dem gesamten tibetischen Hochland dokumentiert, die in großer Mehrheit friedlich und spontan auch in entlegenen Gebieten Tibets stattgefunden haben. Die tibetische Exilregierung und der Dalai Lama haben mehrmals zu einer öffentlichen Untersuchung der Vorgänge auch an ihrem Sitz im indischen Dharamsala eingeladen, um den Vorwurf zu entkräften, die Exilregierung habe die Proteste als Drahtzieher organisiert. → www.savetibet.de

59 Tibeter wegen „Verbreitung von Gerüchten“ in Haft

Die britische BBC berichtet am 25. Dezember 2008 mit Verweis auf einen entsprechenden Bericht in der staatlichen Nachrichtenagentur „China News Service“ von 59 Tibetern, die wegen der „Verbreitung von Gerüchten“ und der Anstachelung zu Rassenhass und Gewalt in Lhasa festgenommen worden seien. Dabei hätten die örtlichen Sicherheitskräfte systematisch Marktstände und Geschäfte durchsucht, deren Inhaber in Verdacht standen, „reaktionäre Lieder“ aus dem Internet heruntergeladen und diese als CDs oder MP-3 angeboten oder verkauft zu haben. Der stellvertretende Polizeichef von Lhasa, Xin Yuanming, sprach von 48 Fällen von „Gerüchteverbreiten“ seit März 2008 und damit zusammenhängenden 59 Festnahmen.



Der 14. Dalai Lama (Dritter von rechts) auf der Flucht ins indische Exil.

Foto: DIIR

50 Jahre tibetischer Volksaufstand

Am 10. März erinnern Tibeterinnen und Tibeter weltweit an einen Aufstand, der sich vor 50 Jahren in der tibetischen Hauptstadt Lhasa ereignete. Im vergangenen Jahr begannen an diesem Tag die flächen-deckenden Proteste gegen die Herrschaft Pekings auf dem Hochland.

Der Dalai Lama bezeichnete den 10. März 1959 als „folgeschwersten Tag“ in der tibetischen Geschichte. Es war der Tag, an dem sich zehntausende Tibeter vor dem Norbulingka-Sommerpalast außerhalb der Hauptstadt Lhasa versammelt hatten, um den damals 25-jährigen Dalai Lama zu schützen. Der Grund dafür waren hartnäckige Gerüchte, die chinesische Armee plane den Dalai Lama zu entführen. Aus der spontanen Versammlung entwickelte sich eine wütende Demonstration gegen die chinesische Armee, die in den Jahren zuvor immer stärkeren Einfluss in Tibet gewonnen hatte. Aus der Demonstration wurde schließlich ein wochenlanges Volksaufstand, der sich ins Zentrum Lhasas ausdehnte. In der Folge nahmen die chinesischen Truppen den Norbulingka-Palast unter Beschuss. Am 17. März, eine Woche

nach Beginn des Aufstandes, floh der Dalai Lama heimlich mit einer kleinen Gefolgschaft ins indische Exil. „Zum ersten Mal in meinem Leben hatte ich wirklich Angst, weniger um mich selbst als um die Millionen von Menschen, die ihren ganzen Glauben in mich gesetzt hatten. Wenn man mich gefangen nehmen würde, wäre alles verloren gewesen“, beschreibt der Dalai Lama in seiner Autobiographie seine Flucht aus dem Norbulingka-Palast. Der Aufstand wurde von der chinesischen „Volksbefreiungsarmee“ gewaltsam niedergeschlagen, und es kam zu tausenden von Toten und Verletzten. Am 23. März 1959 wurde die chinesische Fahne auf dem Dach des Potala-Palastes, der Residenz des geflüchteten Dalai Lama, gehisst.

Die Massenproteste auf dem gesamten tibetischen Hochland nach dem 10. März letzten Jahres haben gezeigt, dass es der chinesischen Regierung trotz 50 Jahren Herrschaft nicht gelungen ist, die tibetische Bevölkerung für sich zu gewinnen. Im Gegenteil: Die Situation hat sich für die Tibeter drastisch verschlechtert. Durch die gezielte Masseneinwanderung von Chinesen wurden sie in ihrer eigenen Heimat zu Menschen zweiter Klasse degradiert. Diskriminierung, Einschüchterung und ständige Überwachung sind zu einem festen Bestandteil ihres Alltags geworden. Willkürliche Festnahmen, Folter und lange

Haftstrafen stehen auf der Tagesordnung. Grundlegende Menschenrechte sind in Tibet massiv eingeschränkt.

Richtig ist zwar, dass die Zentralregierung in Peking vor allem in den letzten zehn Jahren massive Investitionen in Tibet getätigt hat. Doch der bescheidene Wohlstand konzentriert sich in den urbanen Zentren Tibets und kommt damit vor allem der zugewanderten chinesischen Bevölkerung zugute, die Handel und Arbeitsmarkt dominieren. Während Milliarden in gigantische Infrastrukturprojekte wie die Tibetbahn investiert werden, ist Tibet immer noch Schlusslicht im Bildungsbereich. Die Analphatenzahlen in Tibet rücken die Region in die Nähe von Ländern wie Kongo oder Zimbabwe und stehen im drastischen Widerspruch zu aufstrebenden Metropolen wie Shanghai. Was woanders auf der Welt gilt, gilt auch in Tibet: nachhaltige Entwicklung kann nur dann stattfinden, wenn Menschen vor Ort intensiv in Planung, Entscheidung und Durchführung von Entwicklungsprojekten einbezogen werden. Nichts davon ist in Tibet der Fall.

Der 50. Jahrestag des symbolträchtigen Volksaufstandes bleibt für die Tibeter ein sehr emotionaler Tag. Er steht für 50 Jahre Fremdherrschaft und 50 Jahre Unterdrückung. Es ist zu hoffen, dass der Dialog mit den Gesandten des Dalai Lamas wieder aufgenommen wird, um gemeinsam nach 50 Jahren Repression und Misstrauen endlich eine konstruktive und friedliche Lösung der Tibet-Frage zu finden.

 Autor: Gyentsen Zatul

AUFRUF



**FLAGGE
ZEIGEN!**

In Tibet ist die tibetische Nationalfahne strengstens verboten. Zeigen Sie zum 10. März Ihre Solidarität mit dem tibetischen Volk, indem Sie den beiliegenden Aufkleber z.B. an Ihrem Auto anbringen!

Tibeter unterstützen Dalai Lama

Über 500 Tibeterinnen und Tibeter haben sich zu der vom Dalai Lama einberufenen Sonderversammlung in Dharamsala, Indien, vom 15. bis 22. November 2008 getroffen. Sie endete mit einem einmütigen Plädoyer für die Politik des „Mittleren Wegs“ des Dalai Lama, die mit friedlichen Mitteln eine echte Autonomie für die Tibeter innerhalb des chinesischen Staatsverbandes erreichen will. In der Abschlusserklärung enthalten ist ferner ein Bekenntnis der Tibeter zur Gewaltfreiheit.

Trotz dieser klaren Zustimmung für die Politik des Dalai Lama machten viele Teilnehmer jedoch deutlich, dass sie Forderungen nach einer Unabhängigkeit Tibets unterstützen würden, wenn der „Mittlere Weg“ „in der nahen Zukunft“ nicht zu sichtbaren Resultaten führt. Die Ergebnisse der Sonderversammlung haben keinen bindenden Charakter, dürften aber aufgrund der zugespitzten Situation in Tibet und der bisher ergebnislosen Gespräche zwischen Vertretern des Dalai Lama und der chinesischen Staatsführung besonderes Gewicht erhalten.

In einer Erklärung vom 18. Dezember 2008 hat die tibetische Exilregierung unterdessen ihre Gesprächsbereitschaft mit der chinesischen Seite erneuert. „Wir wiederholen: Unser Bekenntnis zum Dialogprozess ist aufrichtig, und es ist uns ernst, dass eine Lösung der Tibetfrage zum Wohle des tibetischen und des chinesischen Volkes nur innerhalb des Verfassungsrahmens der Volksrepublik China herbeigeführt werden kann. Daher sind wir bereit für Gespräche mit der Volksrepublik China, zu jeder Zeit an jedem Ort, wenn die Behörden der Volksrepublik China dies wünschen,“ heißt es in der Erklärung. Die Exilregierung kritisierte darüber hinaus die anhaltenden Vorwürfe der Zentralregierung in Peking, der Dalai Lama verfolge das Ziel der Unabhängigkeit Tibets und rief dazu auf, sich offen mit dem von der tibetischen Seite bei der letzten Dialogrunde vorgelegten „Memorandum über echte Autonomie für das tibetische Volk“ auseinanderzusetzen.

Die Exilregierung begrüßte ferner Äußerungen von UN-Generalsekretär Ban Ki Moon, der am 12. Dezember 2008 die chi-



Tibeter bei der Sonderversammlung in Dharamsala. Foto: Yeshe Choesang

nesischen Behörden dazu aufgerufen hatte, weiterhin den Dialog zu suchen, damit „alle Fragen in Bezug auf Tibet reibungslos und harmonisch gelöst“ würden. Zuvor hatte das britische Außenministerium darauf hingewiesen, dass Vorschläge der tibetischen Seite als „Grundlage für substantielle Diskussionen“ bei unverzüglich wieder aufzunehmenden Dialogbemühungen dienen sollten.

 Autor: Chompel Balok



www.savetibet.de

Unsere verbesserte Webseite

Neu: Besuchen Sie uns auf www.savetibet.de.

Der Aufbau wurde übersichtlicher gestaltet und die Navigation ist leichter. In der neuen Mediathek finden Sie aktuelle Videos, Audios, Bilder und weitere ICT-Publikationen. Auch auf den populären Internetplattformen Facebook und Myspace sind wir vertreten. Besuchen Sie uns auf www.savetibet.de.

ICT VOR ORT

ICT-Kinderdorfprojekt: Arbeiten gehen voran



Links: Freuen sich über die Hilfe von ICT: tibetische Flüchtlingskinder in Suja. Rechts: Unterstützt das ICT-Projekt: Hannes Jaenicke. Fotos: ICT

Die Arbeiten im Kinderdorf von Suja in Nordindien gehen weiter. Die Fundamente für die ersten beiden großen Vorhaben, das neue Gesundheitszentrum und ein Gebäude mit Schlafsälen, Küchen und sanitären Anlagen konnten fertiggestellt werden, so dass voraussichtlich ab Herbst 2009 die ersten Kinder in das neue Gebäude einziehen und die ersten Patienten behandelt werden können. Mit dem Projekt im überfüllten tibetischen Kinderdorf von Suja will ICT die prekäre Situation der tibetischen Flüchtlingskinder verbessern. Das Gesamtprojekt hatte 2007 am RTL-Spendenmarathon teilgenommen und wird voraussichtlich bis 2013 abgeschlossen sein. Prominenter Unterstützer und Projektpate ist der Schauspieler Hannes Jaenicke.

Weitere Informationen über unser Projekt für tibetische Flüchtlingskinder finden Sie unter [→ www.savetibet.de](http://www.savetibet.de)

EINE LÖSUNG DER TIBETFRAGE IST IM INTERESSE CHINAS

Im Wahljahr 2009 wird ICT Politikerinnen und Politiker über ihre Haltung zur Tibetfrage befragt. Den Anfang macht Holger Haibach (CDU/CSU), Vorsitzender des Tibet-Gesprächskreises im Deutschen Bundestag.

ICT: Herr Haibach, Sie sind Vorsitzender des Tibet-Gesprächskreises im Deutschen Bundestag – warum ist die Tibetfrage für Sie wichtig?

Holger Haibach: Die Tibetfrage ist aus sich heraus besonders wichtig, weil es um das Recht eines Volkes auf kulturelle und religiöse Selbstbestimmung und Autonomie geht. Sie ist darüber hinaus für ganz China wichtig, da es in China eine ganze Reihe von Volksgruppen gibt, die Verfolgungen ausgesetzt sind, siehe das Beispiel der Uiguren. Tibet ist für mich aber auch ein Symbol für die vielen verschiedenen Volksgruppen auf der Welt, die ihre eigene Kultur oder ihre politischen Vorstellungen nicht ausleben können, weil eine Mehrheit in einer Gesellschaft dies verhindern möchte.

ICT: Stichwort Autonomie: die Bundesregierung vertritt offiziell die Position, die kulturelle und religiöse Autonomie der Tibeter zu fördern. Welche Rolle kann und soll die deutsche Politik in der Tibet-Frage konkret übernehmen?

Holger Haibach: Es muss der chinesischen Regierung mit verschiedenen Maßnahmen auf verschiedenen Ebenen klar gemacht werden, dass es in ihrem eigenen Interesse liegt, in Tibet eine wirkliche Autonomie zu gewähren. Denn gerade in einem Vielvölkerstaat wie China ist es sehr wichtig, den Minderheiten gewisse Rechte einzugestehen, um so Konflikten wie etwa dem im letzten März in Tibet vorzubeugen. Auf der anderen Seite muss die deutsche Politik Solidarität mit dem Dalai Lama bekunden, und ich halte es für wichtig, mit dem Dalai Lama entsprechende Gespräche zu führen, wenn er im Ausland zu Gast ist. Insgesamt muss es Aufgabe sein, die chinesische Regierung mit einer ausbalancierten Politik aus Druck und Anreizen dazu zu bewegen, zu einer einvernehmlichen Lösung der Tibetfrage bereit zu sein.

ICT: Sie waren im Dezember zu politischen Gesprächen in China und konnten mit Vertretern der chinesischen Politik sprechen. War Tibet dabei ein Thema?

Holger Haibach: Meine Reise fand unmittelbar nach Chinas Absage des EU-China-Gipfels als Reaktion auf Sarkozys Zusammentreffen mit dem Dalai Lama statt. Daher war für mich in meinen Gesprächen mit den Vertretern der außenpolitischen Abtei-

lung der chinesischen KP das erste Thema immer Tibet. Es gibt graduelle Unterschiede, aber generell gibt es die Haltung, dass es Gespräche mit dem Dalai Lama nicht geben sollte. Es war jedoch interessant zu sehen, dass es doch einige Vertreter gab, die das Ganze ein bisschen differenzierter sehen. Auf der anderen Seite gab es auch solche, die mit Beschimpfungen reagieren, wenn man äußert, dass der Dalai Lama eine positive Rolle spielt. Nach meiner Meinung gibt es eine generelle Ablehnung in der KP, aber doch unterschiedliche Auffassungen, wie man auf den Dalai Lama reagieren sollte.

ICT: Was halten Sie von der politischen Kontroverse um den offiziellen Empfang des Dalai Lama durch Bundeskanzlerin Angel Merkel?

Holger Haibach: Ich halte solche Treffen nach wie vor für richtig. Und ich halte es nach wie vor für richtig, wenn der Dalai Lama nach Deutschland kommt und es sich anbietet, dass entsprechende Gespräche auch stattfinden. Grundsätzlich tun wir denen, die unter Druck stehen, keinen Gefallen, wenn wir sie nicht öffentlich wahrnehmbar machen. Es gehört zu einer guten Menschenrechtspolitik gerade gegenüber China, das Gespräch hinter verschlossenen Türen zu suchen, aber auf der anderen Seite darf man nicht das Spiel derer mitspielen, die uns unseren außenpolitischen Handlungsspielraum nehmen wollen, indem sie uns vorschreiben, uns mit diesem oder jenen zu treffen, hier mit einem Vertreter einer ethnischen Minderheit in China. Und anstatt auf die Gesichtswahrung der chinesischen Seite bedacht zu sein, sollten wir auch an unsere eigene Selbstachtung und unser Gesicht denken, indem wir uns nicht von anderen vorschreiben lassen, wie wir unsere Außenpolitik gestalten sollen. Es gibt allerdings keine Exklusivität der Mittel, wir brauchen beides, sowohl öffentliches Eintreten als auch Diplomatie hinter verschlossenen Türen.

ICT: Denken Sie, dass sich die Stellung zu Menschenrechtsfragen bei der chinesischen Regierung nach den Olympischen Spielen verändert hat?

Holger Haibach: Ich denke, die Dinge sind nach den Spielen nicht mehr so wie sie waren. Die Olympischen Spiele haben aber

sicherlich keine fundamentale Veränderung der chinesischen Menschenrechtspolitik gebracht. Dass zum Beispiel chinesische Regimekritiker immer noch festgenommen werden, zeigt mir, dass dieses Bewusstsein nicht gewachsen ist. Sicher ist auch realisiert worden, dass dieser große erhoffte Imagegewinn nicht eingetreten ist. Einen viel größeren Einfluss wird nach meiner Auffassung die Finanzkrise haben, die China sehr stark getroffen hat. Dies kann zu großen sozialen Eruptionen führen und die chinesische Regierung enorm unter Druck setzen, etwas an den gesellschaftlichen Verhältnissen in China zu ändern.

ICT: Am 10. März dieses Jahres wird der 50. Jahrestag des tibetischen Volksaufstandes und die Flucht des Dalai Lama ins Exil begangen. Wie zeigen Sie an diesem Tag Ihre Solidarität mit Tibet?

Holger Haibach: Um diese Zeit werden wir im Bundestag eine menschenrechtliche Debatte haben. Mein Ziel ist es, dabei Tibet ganz prominent in den Mittelpunkt zu rücken, um zu zeigen, dass dieses Thema noch nicht erledigt ist, wie es sich die chinesische Regierung gerne wünschte.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview führten Kai Müller und Gyentsen Zatul



Holger Haibach Foto: www.holger-haibach.de

Der Bundestagsabgeordnete Holger Haibach ist Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages sowie Obmann der CDU/CSU-Fraktion. Darüber hinaus ist er seit 2005 Vorsitzender des Tibet Gesprächskreises im Deutschen Bundestag. Dieses interfraktionelle Gremium wurde im Mai 1995 mit dem Ziel gegründet, im Parlament ein Bewusstsein für die Tibet-Problematik zu schaffen. Zusammen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren versucht der Tibet-Gesprächskreis „Mittel und Wege zu finden, wie die deutsche Politik zur Verbesserung der Lage in Tibet beitragen kann“.



Gyaljong Tsetrin mit Plakat

Foto Urs Kuckertz

„Leaving fear behind“ – Gespräch mit Menschenrechtsbeauftragtem

Gyaljong Tsetrin ist ehemaliger politischer Gefangener und lebt heute in der Schweiz. Als Produzent des Filmes „Leaving Fear Behind“, der die Lage in Tibet aus tibetischer Perspektive darstellt, setzt er sich für die Menschenrechte in Tibet ein. Zusammen mit der International Campaign for Tibet konnte Gyaljong Tsetrin, zwei Tage vor dem 60. Tag der Menschenrechte, den Menschenrechtsbeauftragten der Deutschen Bundesregierung, Günter Nooke, aus erster Hand über die Situation in Tibet und über das Schicksal des Regisseurs Dhondup Wangchen informieren.

Mit seinem Freund Golok Jigme führten die tibetischen Amateurfilmer heimlich insgesamt über 100 Interviews mit Tibeterinnen und Tibetern durch. Der Film „Leaving Fear Behind“ ist ein wichtiges Zeitdokument und zeigt die Gedankenwelt und die aktuelle Lebenssituation der Menschen in Tibet. Kurz nachdem das Filmmaterial ins Ausland geschmuggelt worden war, sind Dhondup Wangchen und Golok Jigme von chinesischen Sicherheitskräften inhaftiert worden. Golok Jigme ist nach monate-

langer Haft am 15.10.2008 aus dem Gefängnis entlassen worden.

Im Gespräch mit Günter Nooke bat Gyaljong Tsetrin die Bundesregierung, sich für die tibetischen Gefangenen in Tibet einzusetzen. Insgesamt hat die International Campaign for Tibet über 900 Fälle von inhaftierten politischen Gefangenen seit den Protesten im März 2008 registriert. Der Einsatz für die politischen Gefangenen ist ein Kernanliegen von ICT.

 Autor: Kai Müller



Weitere Informationen zum Thema „Politische Gefangene in Tibet“ finden Sie auf unserer Webseite:

www.savetibet.de/kampagnen

MISSING VOICES

Geben Sie den politischen Gefangenen in Tibet eine Stimme! Unterstützen Sie unsere Kampagne ab dem 10. März 2009 auf www.missingvoices.net

Wen Jiabao in Berlin – Bundesregierung muss Tibetfrage ansprechen

IMPRESSUM

TIBET-JOURNAL, Februar 2009 

Herausgeberin: International Campaign for Tibet Deutschland (ICT) e.V., Schönhauser Allee 163, 10435 Berlin, Tel. +49 (0) 30 27 87 90 86, Fax +49 (0) 30 27 87 90 87, E-Mail: info@savetibet.de, www.savetibet.de

Geschäftsführer (V.i.S.d.P.): Kai Müller

Autoren: Chompel Balok, Markus Feiler, Kai Müller, Gyentsen Zatul

Bildnachweise: Yeshe Choesang, DIIR, Human Rights Watch, ICT, Urs Kuckertz, TCHRD, www.holger-haibach.de

Titelbild: Chinesische Soldaten in Lhasa, Foto: ICT

Design: text+design, Spieckermann

Auflage: 16.000

Druck: Gieselmann, Potsdam

„Die Tibetfrage muss bei Gesprächen mit Wen Jiabao trotz Wirtschaftskrise auf der Agenda stehen“, forderte die International Campaign for Tibet Deutschland (ICT) aus Anlass des Besuches von Premierminister Wen Jiabao in Deutschland Ende Januar. „Die Krise darf nicht dazu führen, dass Peking die Themen Tibet und Menschenrechte vom Tisch wischen kann“, äußerte sich ICT-Geschäftsführer Kai Müller. Die Bundesregierung müsse daher den chinesischen Premierminister mit Nachdruck daran erinnern, in substantielle Gespräche mit den Tibetern einzutreten und die nach wie vor

prekäre Menschenrechtslage in Tibet zu verbessern. Gerade nach der Verschiebung des China-EU-Gipfels wegen des Zusammentreffens von Frankreichs Staatspräsident Sarkozy mit dem Dalai Lama muss die Bundesregierung jetzt auch europäische Geschlossenheit demonstrieren. „Es geht auch um die Glaubwürdigkeit deutscher und europäischer Menschenrechtspolitik“, so Müller weiter.

Pekings Blockadepolitik hat die Gespräche mit den Gesandten des Dalai Lama in eine Sackgasse geführt, so ICT. Die tibetische Seite hatte dabei im letzten

November ein Memorandum über einen nachhaltigen und friedlichen Ausweg aus der Krise vorlegt, das von der chinesischen Seite kategorisch zurückgewiesen worden war. Gleichzeitig gehen die chinesischen Behörden massiv mit Repressionen gegen Tibeterinnen und Tibeter vor, die gegen die chinesische Politik in Tibet protestieren. „Internationaler Druck ist daher unverzichtbar. Die Bundesregierung muss ihren Teil dazu beitragen, um Peking wieder an den Verhandlungstisch mit den Tibetern zurückzubringen“, so Müller.

 Autor: Markus Feiler